Ausgabe B.

Auswärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: vierteljährlich 2,40 Mk. Außerdem Bestellgeld.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 270. | Bielefeld-Bethel, Dienstag, den 18. November 1919. | Jahrgang 1.

Hau deinen Götzen mutig um,
Es sei Ehr', Wollust oder Ruhm.

Matthias Claudius.

Die Räumung des Baltikums.

Zu den schwersten Niederlagen, die unsere auswärtige Politik in den letzten Monaten erlitten hat, gehört das Verhalten in der baltischen, kurländischen Frage. Ihr haben wir die Verhängung der Blockade über die Ostsee zu verdanken, die ja viel weniger als das ohnehin vom Verkehr mit der Außenwelt abgeschlossene Sowjet-Rußland unser eigenes Wirtschaftsleben schwer geschädigt hat, und noch immer nicht ganz aufgehoben ist. Die Entente steht mit Recht oder mit Unrecht — darüber ist eine klare Entscheidung noch nicht zu treffen — auf dem Standpunkt, daß die deutsche Regierung ihren im Waffenstillstandsvertrag vom 11. 11. 18. übernommenen Verpflichtungen in der Räumungsangelegenheit nicht nachgekommen sei. Den Tatbestand soll nunmehr die interalliierte Militärkommission, die am 11. November nach Tilsit abgereist ist, untersuchen. Der „Kreuzzeitung" (Nr. 549) wird von zuständiger Seite berichtet, daß sie bei ihren Untersuchungen in Berlin, wo sie seit dem 7. November weilte, den Eindruck empfangen habe, „als habe die deutsche Reichsregierung erst in der letzten Zeit begonnen, sich für die baltische Angelegenheit zu interessieren, um den Anschein zu erwecken, als sei sie eifrig bemüht, alle Anordnungen zur Rückführung der Truppen aus dem Baltikum zu treffen, die Kommission, welche von dem französischen General Niesell geführt wird, ist der Ansicht, daß die deutsche Regierung in der baltischen Angelegenheit eine zweideutige, unklare Haltung eingnommen hat."

Die Räumung ist jedenfalls jetzt durchgeführt. Das Generalkommando des 6. Reserve-Korps ist in Tilsit eingetroffen. Mit Ausnahme der Truppen, die sich der Rückführung widersetzten, zu den Russen übergetreten sind und damit die deutsche Staatsangehörigkeit eingebüßt haben, sind alle Verbände unter der Leitung des Generalleutnants Eberhard, der zur Sicherung des Abtransports einen Vertrag über eine zu schaffende neutrale Zone mit den Litauern abgeschlossen hat, auf deutsches Gebiet überführt. Nur mit den schärfsten Mitteln war es schließlich der Regierung gelungen, den Widerstand der Truppen, der für das ganze Vaterland so verhängnisvoll geworden ist, zu brechen. Nachdem sie zuerst alle Munitions- und Lebensmittelzufuhr unterbunden hatte, griff sie zur Drohung mit kriegsgerichtlicher Verfolgung und gegen die Widersetzlichen, die noch immer dem Befehl der Regierung trotzen, ist nunmehr von Noske Strafantrag bei den zuständigen Gerichten gestellt worden.

Wir hätten uns wahrscheinlich die neue schwere Demütigung, die vor allem in der Note vom 5. November enthalten ist, ersparen können, wenn man beizeiten energische Schritte getan hätte, das unhaltbare Unternehmen in Kurland abzubrechen. Die Note macht den Austausch der Ratifikationsurkunde, wie bekannt, von der Unterzeichnung eines Protokolls abhängig, in dem sich Deutschland u. a. verpflichtet, die in der Räumungsangelegenheit ausgesprochenen Forderungen der Entente aufrichtig und genau auszuführen. So schmählich und erpresserisch das Protokoll auch sonst ist, in diesem Punkte wird man ihm bis zu einem gewissen Grade Recht geben müssen. Nachdem am 27. August, 27. September und 10. Oktober formelle Aufforderungen zur Zurückziehung der Truppen an uns ergangen waren, blieb uns nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes nichts weiter übrig, als ihnen gewissenhaft nachzukommen.

Die Schwierigkeiten, auf die die Regierung hierbei stieß, waren groß. Und das ist auch der einzige etwa anzuführende Grund der Entschuldigung für die Nichtausführung der gestellten Forderungen. Man hatte den deutschen Soldaten in Kurland Hoffnung auf Ansiedlungsgelände gemacht und an dies ihnen gegebene Versprechen hielten sie sich um so mehr, als die wirtschaftlichen Aussichten in Deutschland nicht gerade glänzend sind. Und doch war es unklug, Erwartungen bei den Soldaten zu wecken und zu unterhalten, die sich nicht erfüllen konnten. Bei dem ausgesprochen scharfen Gegensatz, in dem Letten und Deutsche in Kurland stehen, mußte die jetzt durch eine bolschewistische, verdrängte nationalistisch-sozialrevolutionäre Regierung Ulmanis in dem Versuch, deutsche Ansiedlungen zu gründen, eine Bedrohung oder Verletzung national-lettischer Bestrebungen sehen. Und die Feindschaft dieser Regierung gegen uns ist denn auch in einer leidenschaftlichen Verleumdung und Hetze gegen Deutschland zum Ausdruck gekommen. Das ist für unsere zukünftige Stellung zu Rußland von der allergrößten Gefahr. Da wir voraussichtlich zu Polen, trotz der offen zutage liegenden Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Verständigung niemals in wirklich freundschaftliche Beziehungen kommen können, so bilden Lettland und Littauen die einzige Brücke, die uns in Zukunft mit dem hoffentlich bald wieder erstarkenden Rußland verbinden kann. Ohne ein geographisches Zwischenglied ist eine solche Verbindung aber wirkungslos. Darum muß uns unter allen Umständen daran gelegen sein, den von der Entente geplanten Ring von Randstaaten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer im Norden offen zu erhalten.

Durch das Bündnis der bisher in Rußland fechtenden deutsche Truppen mit dem Obersten Bermondt-Awalow ist nun aber gerade diese Möglichkeit stark in Frage gestellt worden. Bermondt ist ein georgischer Fürst, der ebenso wie Denikin und Koltschak die Aufrichtung eines neuen großrussischen Reiches erstrebt. In seiner in Mitau residierenden Regierung befinden sich zwar zwei lettische Vertreter, da er von dem nicht zum Bolschewismus neigenden und der gegenwärtigen lettischen Regierung feindlich gesinnten Teile der Bevölkerung Unterstützung erhofft. Eine wirkliche Selbständigkeit gesteht er bei seinen auf ein föderatives Rußland abzielenden Plänen den Randstaaten nicht zu. Er befindet sich daher in schroffstem Gegensatz zu den augenblicklichen lettischen Machthabern. Gegen sie und nicht, wie man es von einer gegenrevolutionären Truppe erwarten sollte, gegen Moskau ist auch vorerst sein Kampf gerichtet gewesen. Nachdem ihm nun die deutsche Unterstützung durch die endlich gelungene Zurückführung der baltischen Truppen entzogen ist, und er auch von der anderen Seite keine Hilfe zu erwarten hat, ist seine Lage äußerst bedrängt. Die großen Hoffnungen, die man auf ihn nach seinen wesentlich durch die „Deutsche Legion" errungenen Anfangserfolgen gesetzt hatte, schein nicht in Erfüllung zu gehen. Im Oktober sprach sich die in Berlin erscheinende russische Zeitung „Prisyw" in bezug auf seine Unternehmungen sehr zuversichtlich aus. Aber es hat den Anschein, als ob auch an dieser Stelle der gegen den Bolschewismus kämpfenden Reaktion ein völliger Mißerfolg beschieden sei.

Erreicht ist leider nur das eine, was nicht ohne unsere Schuld ein Verhängnis für uns werden kann. Durch die mit dem siegreichen Zug gegen Riga einsetzende starke Bedrängung sind die Letten und Esten mehr als sie wohl selbst gewünscht hatten, an die Seite der Entente gedrängt worden. Daß wir im Osten bei unserer jämmerlichen Lage keine imperialistische Politik mehr machen können, ist jedem ohne weiteres klar. Trotzdem hat man in der Entente, besonders in England eine ungeheure Sorge von einer deutschen Vormacht im Baltikum und einer eventuellen, auch wirtschaftlichen, die Interessen der englischen Ausbeutungsfirmen schädigende Verbindung mit Groß-Rußland gehabt. Daher die Schärfe des Tones in der baltischen Frage uns gegenüber. Und nun werden die Nachrichten über eine Verständigung der Ostseeländer mit England immer häufiger und die Versuche einer Verbindung zwischen Polen und Litauen und Lettland gewinnen mehr und mehr Aussicht auf Verwirklichung. Sollte also die deutsche Regierung tatsächlich, wie ihr von den Feinden nachgesagt wird, die Absicht gehabt haben, sich durch ihr Verhalten in Kurland dauernden Einfluß zu sichern, so müßte man von einem gänzlichen Scheitern unserer Politik sprechen. Der Ausgang des Krieges hat uns die Möglichkeit genommen, in den Ostseeländern das Deutschtum zur Vorherrschaft zu bringen. Wir müssen uns blutenden Herzens damit abfinden, daß die nur durch deutsche Kultur zur Blüte gekommenen Provinzen fortan ihr deutsches Gepräge mehr oder weniger einbüßen werden, da die Feindschaft der lettischen und estnischen Bevölkerung gegen unsere baltischen Brüder tief und bitter ist. Nur in einer Verständigung mit diesen neu emporgekommenen, sich ihrer Selbständigkeit bewußt gewordenen Völkerschaften kann in Zukunft die Aufgabe der deutschen Politik bestehen.

H. W.

Lloyd Georges Guildhallrede.

Auf dem Lordmayor-Bankett sprach der Lordmayor von London in der Guild Hall die Hoffnung aus, daß der Völkerbund das Mittel zur Erreichung eines dauernden Friedens sein werde. Lloyd George, der mit lebhaftem Beifall empfangen wurde, sagte, die Schreckensherrschaft, die während eines halben Jahrhunderts ihren Schatten über Europa geworfen habe, sei vorbei, aber es bestünden noch immer Gefahren. Es seien noch verschiedene Fragen zu lösen.

Die erste betreffe die Adria. Er hoffe trotz aller Schwierigkeiten, daß eine Lösung gefunden werde, die den Interessen des italienischen Bundesgenossen gerecht werde. Er sei aber andererseits der Ansicht, daß den Nationalitäten, die sich von dem österreichischen Joche losmachten, um sich auf die Seite der Verbündeten zu stellen, vor allem von den Italienern Gerechtigkeit widerfahren solle.

Über die wichtigsten Grundsätze für eine Regelung der türkischen Fragen bestünde unter den Verbündeten vollständige Übereinstimmung. Alle seien davon überzeugt, daß die Türkei die von Griechen, Arabern und Armeniern bewohnten Gebiete schlecht verwaltet habe, und dem sei ein Ende gemacht worden. Man habe sich dahin geeinigt, daß die Zugänge zum Schwarzen Meer für alle Völker frei sein müßten, und daß ihre Bewachung nicht länger einer Macht anvertraut werden dürfe, die das in sie gesetzte Vertrauen enttäuscht und diese Zugänge auf Befehl Preußens für die Verbündeten geschlossen habe. Was die anderen die Türkei angehenden Fragen betreffe, so dürften für die Aufteilung der Verantwortlichkeiten unter den Verbündeten keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bestehen.

Über Rußland könne er nicht mit demselben Vertrauen sprechen. Wir können, sagte Lloyd George, keinen Frieden haben, wenn in Rußland kein Friede ist, und die Aussichten sind nicht günstig. Vor einer Woche haben Aussichten auf eine rasche Lösung bestanden. Heute weis aber alles auf einen langen blutigen Kampf hin. Der Angriff auf Petersburg konnte nicht durchgesetzt werden, un Denikins Vormarsch auf Moskau ist vorläufig aufgehalte Auch die letzten Nachrichten aus Omsk sind wenig beruhigen Der Redner glaubt nicht, daß die bolschewistischen Armee ganz Rußland erobern würden, da die Bauern dem Bolschewismus feindlich gegenüberstünden. Er habe bereits früher vorhergesagt, daß der Bolschewismus nicht mit dem Schwerte unterdrückt werden könne und daß man zur Wiederherstellung von Frieden und Ordnung in Rußland zu anderen Methoden werde greifen müssen. Er wollte, daß die Prophezeiung unrichtig gewesen wäre, denn die gesittete Welt könne ein chaotisches Rußland nicht dulden.

Wenn man von Rußland absehe, so seien die Aussichten gut. Man könne nicht erwarten, in einem einzigen Jahre zu normalen Zuständen zurückzukehren. Zwei Dinge seien notwendig, nämlich Arbeit und Vertrauen.

Lloyd George sprach dann von der Festigkeit in der Lage Englands im Vergleich zu anderen Ländern und sagte, auf Englands Seite sei eine bewundernswerte Erholung ersichtlich. Die Arbeiterschwierigkeiten hätten zwar nicht aufgehört, seien aber weniger drohend als früher, und das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit habe sich gebessert. Er vertraue darauf, daß das britische Volk in einer Periode des Gedeihens eintreten werde, wie sie es nie zuvor gekannt habe. (Beifall.)

Der „Temps" zur russischen Frage.

Der „Temps" beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der Hoffnung der preußischen Monarchisten auf Rußland und sagt, die letzten Ereignisse in Rußland eröfneten ihnen eine gute Perspektive. Schon zweimal in der Geschichte sei das alte Preußen durch Ereignisse im Osten gerettet worden.

Churchill habe im englischen Unterhaus die Lage richtig geschildert, indem er gesagt habe, entweder werde das bolschewistische Rußland versuchen, die westlichen Verbündeten in ihrem eigenen Fett zu braten, oder das reaktionäre Rußland werde in deutschem Fett gebraten. Er habe dann gezeigt, was in diesem Falle die baltischen Staaten,

Polen, Tschechoslowakien und Rumänien erwarte. Werde Polen von den russischen Bolschewisten bedroht, dann werde es die Deutschen nicht mehr behindern. Von den Verbündeten verlassen, hätte das antibolschewistische Rußland nur noch eine Stütze: Deutschland.

So republikanisch sich auch die Regierung in Berlin erkläre, so werde sie doch nichts dagegen einwenden, wenn eine monarchistische Armee zwischen Deutschland und der bolschewistischen Front lagere. Selbst unter den Alliierten des Westens befänden sich Leute, die den preußischen Militarismus unterstützen würden, wenn er der Zivilisation den Dienst leiste, die bolschewistische Welle aufzuhalten. Wenn sich die Dinge gegen Ende des Winters so darstellten, dann würde es nicht genügen zu sagen, daß Deutschland die Rolle des Schiedsrichters in Osteuropa spiele. Man müsse dann anerkennen, daß die reaktionären Elemente Deutschlands die Herren geworden wären, nicht nur des Reiches, sondern auch des Friedens. Dann werde man sehen, ob Deutschland auf Danzig verzichte, und ob es eine Volksabstimmung in Oberschlesien zulasse. Man werde dann auch sehen, ob es abrüste und ob es bezahle, und schließlich auch, ob es fortfahre, sich demokratisch regieren zu lassen. Etwa 35 000 deutsche Soldaten wollten in Kurland bleiben. Wieviel andere seien als Freiwillige nach Kurland gegangen?

Gegen diese Gefahr gebe es nur ein Mittel, die Polen Lings der Düna vorrücken zu lassen, die sich schon vor Dünaburg befänden. Wenn sie den Letten zu Hilfe eilten, die mutig, aber mit Schwierigkeiten Riga verteidigten, dann würden die Polen „jede Verbindung zwischen den Deutschen in Kurland und dem Innern von Rußland abschneiden. Diese Idee sei so einfach, daß man daran gar nicht gedacht habe; eine der alliierten Regierungen habe zwar vorgeschlagen, sie zu prüfen, sei aber dann wieder, wenn der „Temps" sich nicht täusche, anderer Ansicht geworden und hätte sich damit begnügt, auf die Armee Judenitschs und auf das Eingreifen der Finnländer zu rechnen. Sei es jetzt aber, da diese Erwartungen sich als verfehlt erwiesen hätten, nicht höchste Zeit, auf die Polen zurückzugreifen?

Die industrielle Reservearmee!

Von Dr. Otto Dickel-Augsburg.

Das Vorhandensein der industriellen Reservearmee ist das Übel, an dem unser Wirtschaftsleben krankt. Wenn auf jede freiwerdende Arbeitsstelle zwei, in Kriegszeiten, oder in Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben drei und mehr Arbeitskräfte entfallen, wird die Höhe des Einkommens naturgemäß heruntergedrückt. Das gilt nicht nur für die Arbeiterschaft im engeren Sinne des Wortes, sondern für alle Berufsschichten. Um nur ein Beispiel anzuführen, sei auf die Verhältnisse der Privatlehrer und Lehrerinnen hingewiesen, die zum großen Teil um Löhne arbeiten, für die die Bezeichnung Hungerlöhne noch schönfärberisch ist. So verlockend es wäre, in diesem Zusammenhang auf die Wirkung des Überangebotes von Arbeitskräften in den Kreisen des Handwerks, des Gewerbes, der freien Berufe, ja bis zu einem gewissen Grade der Lehrer und Beamten einzugehen, so soll im Interesse unseres Themas doch Abstand davon genommen werden. Der Grund, warum ihrer überhaupt Erwähnung geschieht ist der folgende: Die überwiegende Mehrzahl von uns allen ist bei Betrachtung sozialer Zustände geneigt, ihr Augenmerk einseitig auf die Verhältnisse zwischen Arbeitern, allenfalls noch Angestellten, und Unternehmern zu richten. Dadurch wird der sachliche Blick vielfach getrübt, das Urteil wird schief und der Sinn für die großen Zusammenhänge geht verloren.

Von diesem Fehler sich frei zu halten ist heute, wo wir unter dem Banne einer zwar äußerst geistreichen aber durchaus einseitigen und vielfach nachweisbar falschen Sozialtheorie stehen, doppelt schwer. Ja, es gehört, wenn man so sagen darf, ein gewisser Mut dazu, auszusprechen, daß das Volk sich nicht aus Arbeitern und Arbeitgebern zusammensetzt, sondern aus einer Vielheit und Vielgestaltigkeit von wirtschaftlichen Interessengruppen, die die Grundlage unseres kulturellen, staatlichen und politischen Lebens bilden.

Unter diesen Interessengruppen verdient die der Arbeiter und Angestellten volkswirtschaftlich eine besonders große Beachtung, weil in ihr zahlenmäßig mehr als die Hälfte des Volkes vereinigt ist. Es ist aber nicht etwa gleichgiltig für den Staat, sondern im Gegenteil eine Lebensfrage für ihn, daß dieser überwiegende Teil seines eigenen Organismus, der zugleich die Keime seines weiteren Aufstieges enthält, gesund und stark ist, nicht aber kümmerlich dahinsiecht.

Aus diesem Grunde sollte der Untersuchung über das Werden und die Heilung des Übels: Industrielle Reservearmee mehr Aufmerksamkeit gezollt werden als gemeinhin üblich ist. Das eine ist theoretisch von vornherein festzuhalten und durch die Zustände, wie sie die Arbeitslosenunterstützung durch Geld beseitigt hat, praktisch erwiesen: soziale Fürsorge, auch im weitesten Umfang, kann die Schmerzen für kurze Zeit lindern, aber die Krankheit nicht heilen. In diesem Punkte versagt der Sozialismus. Er kuriert zwar an den Krankheitserscheinungen herum, aber er beseitigt nicht ihre Ursachen: Das Überangebot von Arbeitskräften. Das muß auch der überzeugte Sozialdemokrat zugeben. Das Problem muß also auf andere Art angepackt werden.

Da drängt sich zunächst die Frage auf: Wie entsteht die industrielle Reservearmee? Den einheimischen Arbeitern genügt ein Blick auf die Reihen ihrer Berufsgenossen, um die Antwort zu geben: Sie entsteht durch den enormen Zuzug Auswärtiger. Wer aber weiteren Aufschluß haben will, der der kann sich Rat in fast jedem volkswirtschaftlichen Lehrbuch holen und wird die Antwort erhalten: Das Überangebot an industriellen Arbeitskräften, die industrielle Reservearmee, ist die Folge der Abwanderung vom Lande. Diese Abwanderung ist recht verschieden stark und durchaus nicht an die Nähe der Industriebezirke gebunden. Sie beträgt in Bayern zirka 12 Proz. des ländlichen Geburtenüberschusses, in Westdeutschland zirka 30 Prozent, in Ostdeutschland zirka 75 Prozent. Hier ist sie in einzelnen Gegenden so stark, daß die Einwohnerzahl trotz der hohen Geburtenzahl zurückgeht. Diese Verhältnisse zwingen zum Nachdenken. Es ist doch sehr sonderbar, daß der außerordentich industriearme Osten Deutschlands etwa ¾, der industriereiche Nordwesten noch nicht ein Drittel seines ländlichen Nachwuchsüberschusses in die Industrie entsendet, und daß in Bayern so wenige Landbewohner abwandern, daß die Industrie ihren Bedarf an Arbeitskräften aus einheimischen nicht annähernd zu decken vermöchte. Ein Blick auf die Verhältnisse des Bodenbesitzes ergibt die Lösung des scheinbaren Rätsels. Der überwiegende Kleinbauern- und Mittelbauernbesitz Bayerns hält seine Söhne und Töchter an der Scholle fest. Sie sind bodenständig, selbständig und fühlen sich frei. Sie haben Aussicht und Hoffnung, sich emporzuarbeiten. Der Großgrundbesitz des Ostens aber verstößt seine Kinder in die Fremde, weil er ihnen die Möglichkeit nimmt, durch Fleiß und Sparsamkeit vorwärts zu kommen und selbständig zu werden. Sie wandern alljährlich zu Hunderten und Tausenden ab und suchen sich eine neue Heimat. Eine Heimat, die ihnen Glück verheißt, die ihnen die Möglichkeit geben soll, das Streben, das jedem tüchtigen Menschen angeboren ist, zum Ziele zu bringen: In seinen Kindern emporzusteigen. Ihre Hoffnung ist trügerisch. Sie verdienen zwar mehr wie in der Heimat, aber die Zeiten der Krisen und Krankheit, der teure Lebensunterhalt, die kaum erschwinglichen Wohnungspreise fressen den Mehrverdienst auf. Er ist nur Schein. Die Proletarier des Landes werden zu Proletariern der Städte. Und was das Schlimmste ist, sie werden zu Lohndrückern. Sie kommen aus Gegenden, wo die Lohn- und Arbeitsverhältnisse das Leben kaum lebenswert machen. Deshalb wandern sie ja ab. Ihnen erscheint die Summe, die dem anspruchsvolleren eingeborenen Industriearbeiter mit Recht als Hungerlohn erscheint, hoch und ausreichend. So bieten sie das Beste, was sie haben, ihre Arbeitskraft, als billige Ware an. Sie müssen es, denn außer ihnen sind ja noch tausend andere eingewandert, die nur von ihrer Hände Arbeit leben können. Arbeitet der eine nicht um den gebotenen billigen Preis, so tuts ein anderer. Der Unternehmer hat ja die Auswahl. Er besitzt die industrielle Reservearmee. Ihr Kommandeur ist der Hunger.

Wie ganz anders sich die Verhältnisse gestalten, wenn Mangel an Arbeitskräften herrscht, davon reden besser als Worte die Verhältnisse, wie sie sich im Kriege herausgebildet haben, wo Frauen, Jugendliche, Arbeitsbeschränkte, kurz Minderwertige mit Papiergeld aufgewogen wurden. Verhältnisse, die mit die Ursache unserer gegenwärtigen alles zerrüttenden Entlöhnungszustände sind. Solche Extreme sind nur möglich in den abnormen Zeiten des Krieges. Aber sie lehren deutlich, daß die gute Bezahlung, also eine Bezahlung, die höher, unter Umständen beträchtlich höher ist als das Existenzminimum, ohne weiteres eintritt, wenn der Unternehmer gezwungen ist, seine Arbeitskräfte zu suchen und froh ist, wenn er welche findet. Dieser Fall tritt nur dann ein, wenn die industrielle Reservearmee beseitigt ist. Das heißt, wenn die überreichliche Zuwanderung vom Lande aus aufhört.

In unseren Ausführungen ist schon die Lösung des Problems angedeutet. Sie eingehend zu behandeln, zu begründen muß einer anderen Gelegenheit vorbehalten bleiben. Nur soviel sei gesagt: Es ist möglich, die industrielle Reservearmee, das Übel, an dem unser Wirtschaftsleben krankt, zu beseitigen, indem wir das Monopol des Großgrundbesitzes brechen, indem wir den deutschen Grund und Boden wieder dem deutschen Volke zuführen.

Der Kampf um die Gerste.

Der „Deutsche Guttempler" macht in seiner letzten Nummer folgende Mitteilungen, welche zeigen, daß die Not bei uns immer noch nicht groß genug ist. Die Brauereien, welche die Gerste verarbeiten, liegen zum allergrößten Teil in den großen Städten, wo das Volk schreit nach den nötigsten Nahrungsmitteln, wo es jetzt nicht einmal möglich ist, die Familien mit Kartoffeln zu versorgen.

Fast komisch wirkt immer das Vorschieben der Arbeitnehmerschaft. Als wenn der Krieg und die Revolution irgendwelche Rücksicht auf einen Erwerbszweig genommen hätten. Wer blieb, der blieb. Wenn man aber der Arbeitnehmerschaft etwas besonderes tun will, soll man ihr die Gerste zu freier Verwendung überweisen. Bei dem Geschäftssinn, der heute auch früher weniger handelstüchtige Leute ergriffen hat, wäre wohl anzunehmen, daß die Arbeiterschaft die Gerste für sich viel vorteilhafter zu verwenden wüßte, als wenn dieselbe in den Braukessel wandert.

Am 11. Oktober schrieb die „Tageszeitung für Brauerei":

Quosque tandem! (Wie lange noch.) Heute am 10. Oktober haben die norddeutschen Brauereien noch kein Korn Gerste für das bereits begonnene neue Wirtschaftsjahr erhalten, während die bayerische Brauindustrie dank

Die Kieler Revolte.

Über den Ausbruch der Kieler Revolution war in der „Deutschen Tageszeitung" eine Darstellung erschienen, worin gesagt wurde, die Kieler Bewegung hätte doch noch unterdrückt, in andere Bahnen gelenkt und dadurch der völlige Zusammenbruch Deutschlands verhindert werden können. Nun schildert Reichswehrminister Noske in der „Deutschen Allgem. Ztg." die Vorgänge und will nachweisen, daß kein anderer Weg mehr möglich war, um größeres Blutvergießen zu vermeiden, daß das Schicksal seinen Lauf nehmen mußte. Herr Noske schreibt:

Als ich am 4. November 1918 mittags aus der Reichskanzlei telephonisch angerufen wurde, ob ich bereit sei, eine Stunde später nach Kiel zu fahren, hatte ich keine Ahnung von den Vorgängen, die sich dort und in Wilhelmshaven auf der Flotte abgespielt hatten. In der Reichskanzlei ist mir ebenfalls nicht mitgeteilt worden, daß am Sonntag, den 3. November, Kieler Matrosen demonstriert hatten, und daß es infolge einer Salve in die Demonstrantenschar Tote und Verwundete gegeben hatte. Erst im Eisenbahnzug, wo ich mit dem damaligen Staatssekretär Haußmann zusammentraf, entwarf mein Parteigenosse Kürbis, der jetzige Oberpräsident von Schleswig-Holstein, uns eine Schilderung von den Vorgängen am Sonntag in Kiel. Ihn hatte die Sorge nach Berlin getrieben, daß die Folge des blutigen Zusammenstoßes ein großer Streik auf den Werften sein könnte. Mein Auftrag, von dem in der Reichskanzlei die Rede war, hatte denn auch nur dahin gelautet, ich möchte versuchen, einen Ausstand zu verhüten. Während der Fahrt sind Mitteilungen an mich über das, was sich in Kiel im Laufe des Montags abgespielt hatte, nicht gelangt. Als wir Lübeck passiert hatten, kam lediglich ein Marineoffizier in unser Abteil, der mitteilte, von Kiel sei in Lübeck angefragt worden, ob Haußmann und ich im Zuge seien.

Als ich kurz vor der Einfahrt in Kiel durch das Wagenfenster in den dunklen Abend hinaus sah, erblickte ich auf offenen Loren feldgraue Soldaten und Maschinengewehre, die offenbar auf der Fahrt nach Kiel waren. Ich machte Haußmann darauf aufmerksam mit dem Bemerken, die Lage in Kiel müsse eine ernste Gestaltung angenommen haben, denn man führe offenbar Truppen heran. Da mir die Stärke der Kieler Marinegarnison bekannt war, konnte ich folgern, daß die Lage sich bedenklich zugespitzt hatte. Militärisch war es das Unglaublichste, was unternommen werden konnte, daß man die Truppen auf offenen Wagen in den Kieler Bahnhof hineinrollen ließ, wo sie, wie ich später hörte, von den Aufständischen mit Hallo in Empfang genommen wurden und sich widerstandslos entwaffnen ließen.

Selbst die Herren, die uns auf dem Kieler Bahnhof in Empfang nahmen, ein Offizier, der Bahnhofsvorsteher, die Abgeordneten Struve und Hoff, gaben uns nicht sofort eine knappe Darstellung davon, was sich in Kiel im Laufe des Tages ereignet hatte. Ich erinnere mich einer Bemerkung des Offiziers: Die Leute seien gar nicht so schlimm, es würde schon wieder werden. Einen Vers konnte ich mir daraus nicht machen. Erst als ich die Bahnsperre passierte, fiel mir die veränderte Haltung der Soldatenmassen auf, die die Halle lärmend erfüllten. Zu längerem Nachdenken kam ich aber nicht. Von der Stationsleitung war, wie ich später hörte, bekanntgegeben worden, daß Haußmann und ich nach Kiel kämen. Da die revoltierenden Matrosen keinen namhaften Führer hatten, der bei den Massen eine Autorität besaß, waren eine Anzahl Soldaten, die bei der Bewegung eine gewisse Rolle gespielt hatten, auf den Gedanken gekommen, mich am Bahnhof in Empfang zu nehmen.

Beim Betreten der Bahnhofshalle schwenkten ein paar hundert Matrosen wie auf Befehl ein, Haußmann, Struve und Hoff wurden von mir abgedrängt, und wenige Sekunden später saß ich in einem Auto, das mich zu einer Versammlung führte, die nach dem Wilhelmsplatz einberufen und der ich als Redner angekündigt war. Erst auf der Fahrt dorthin ist mir kurz Mitteilung gemacht worden, daß sich im Laufe des Tages viele Tausende von Matrosen aufgelehnt und bewaffnet hätten. Zweifellos fand ich in Kiel mindestens 10 000 bis 15 000 Leute vor, die ein Gewehr in der Hand hatten. Welchen Umfang die Bewaffnung angenommen hatte, davon bekam ich bei der Versammlung auf dem Wilhelmsplatz, bei der ich mich auf ganz kurze, ziemlich allgemein gehaltene Ausführungen beschränkte, eine Probe. Wahrscheinlich ist durch Unvorsichtigkeit ein Gewehr losgegangen. Wenige Sekunden später setzte eine wahnwitzige Schießerei ein, die sich auch auf die umliegenden Straßen ausdehnte und bewirkte, daß ich nach wenigen Minuten allein auf weiter Flur mit meinen Begleitern im Wagen saß.

Zwischen den Aufrührern und der Stationsleitung, an deren Spitze Admiral Souchon als Gouverneur stand, hatten im Laufe des Tages Besprechungen stattgefunden und es war für den Abend, nach unserer Ankunft, eine weitere Sitzung in Aussicht genommen worden. In einer kurzen Besprechung im Gewerkschaftshaus, zu der ich geführt worden war, hatte ich feststellen können, daß die Erhebung der Marinesoldaten an Land und der Schiffsbesatzungen eine fast allgemeine war. Natürlich war unter den etwa 80 000 Marineangehörigen, die damals auf der Flotte und in Kiel in Garnison waren, eine außerordentlich große Zahl von Leuten, die den Ereignissen passiv oder ablehnend gegenüber standen. Von entscheidender Bedeutung war, daß schon am Abend des 4. November die Großkampfschiffe, soweit ich unterrichtet bin, restlos in der Hand der Aufständischen sich befanden. Daß nicht alle Geschütze unbrauchbar gemacht worden waren, habe ich in der Nacht bemerken müssen, als ein paar Granaten nicht weit von meinem Hotel einschlugen.

Die Stadt wimmelte von bewaffneten Mannschaften. Irgendeine Formation, auf die sich das Stationskommando hätte stützen können, war nicht vorhanden. In die Scharen von Blaujacken mischten sich die in die Stadt hereingeführten Feldgrauen, denen man die Waffen abgenommen hatte. Bei der Besprechung auf der Station ist von keinem der daran teilnehmenden Offiziere der Gedanke an Widerstand geäußert worden. Höchstens 100 Infanteristen waren im Keller des Stationsgebäudes untergebracht. Sie saßen dort wie in einer Mausefalle. Es wäre sinnlose Opferung von Menschenleben gewesen, wenn ein Kampf versucht worden wäre. In Anbetracht der ganzen Sachlage vergab sich keiner der Offiziere in leitender Stellung etwas, als die Zusage gemacht wurde, von Kampfhandlungen Abstand zu nehmen. Eine solche Zusage konnte um so leichter gegeben werden, weil, wie ich sehr bald erfuhr, gar keine kampffähige Formation in der Nähe war. (Schluß folgt.)

der Einsicht und Vorsorge ihrer Regierung schon längst in Höhe ihres Kontingents voll eingedeckt ist. Alle Anträge, alle persönlichen Verhandlungen beim Reichswirtschaftsministerium haben bisher nicht vermocht, von den amtlichen Stellen eine Erledigung der seit Monaten schwebenden Angelegenheit zu erreichen. Die Brauereien wissen nicht aus noch ein, wie sie ihren Betrieb aufrecht erhalten sollen. Zu der Sorge um die Weiterführung der eigenen Existenz kommt das Schicksal der Arbeitnehmer und Angestellten, die eine Einstellung des Betriebes brotlos machen müßte und die dann die große Zahl der Erwerbslosen vermehren würden. Alles Bitten, alles Drängen hat nichts genutzt. Da haben die in der Arbeitsgemeinschaft vereinigten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände der Brauindustrie im Bewußtsein der ihnen gemeinsam drohenden furchtbaren Not das folgende dringende Telegramm an den Reichskanzler gerichtet, das in seiner entschlossenen Sprache hoffentlich die gewünschte Wirkung zeitigen wird:

D. An den Herrn Reichskanzler, Berlin.

Berlin, den 9. Oktober 1919.

Trotz wiederholter eindringlichster Vorstellungen und monatelanger Verhandlungen haben die norddeutschen Brauereien bis heute keinerlei Zuteilung an Gerste erhalten. Brauereien stehen daher vor der Notwendigkeit, in kürzester Zeit Betriebe zu schließen und Arbeitnehmer zu entlassen. Unterzeichneten weisen auf damit verbundene katastrophale Folgen nachdrücklichst hin und legen gegen Unentschlossenheit Reichswirtschaftsministeriums in Entscheidung dieser Fragen energisch Verwahrung ein. Bisher gegebene Zusicherungen und Versprechungen keinesfalls geeignet, schwere Besorgnisse unserer Industrie und Arbeitnehmerschaft zu zerstreuen. Abhilfe nur möglich durch sofortige ausreichende Belieferung der Brauereien mit Gerste. Unterzeichete fordern energisch, daß mit Belieferung von Gerste unverzüglich begonnen wird.

Die in der Arbeitsgemeinschaft vereinigten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände der Brauindustrie.

Am 30. Oktober enthalten die „Mitteilungen aus dem Reichswirtschaftsministerium" folgende Nachricht, die allerdings bereits durch das Wolffsche Büro vorher verbreitet war:

Die Belieferung der Bierbrauereien. Nachdem am 1. Oktober das neue Kontingentjahr begonnen hat, ist Anordnung getroffen worden, daß den Brauereien nunmehr neues Getreide zugewiesen wird. Die ganz kleinen Betriebe, bei denen 10 Prozent Malzkontingent nicht mehr als 20 Zentner ausmacht, werden bis zu 10 Prozent, die übrigen vorerst bis zu 5 Prozent beliefert. Die Belieferung ist eine Teillieferung, da es mit Rücksicht auf die bisherigen Getreideablieferungen und die Brotversorgung zurzeit noch nicht möglich ist, die gesamte, für die Brauindustrie im Wirtschaftsplan vorgesehene Menge zur Ausschüttung zu bringen. Mit der Belieferung wird sofort begonnen.

Dazu stellen wir zum Nachdenken eine Nachricht der „Kölnischen Zeitung" vom 20. Oktober:

Die schweizerischen Bierbrauer erheben dagegen Einspruch, daß Münchener Biere in die Schweiz eingeführt werden. In einer von den schweizerischen Brauereien veröffentlichten Anzeige heißt es: „In dem Augenblick, in dem Deutschland immer noch über seine Lebensmittelnot klagt, und wo die Schweiz die unschuldigen Opfer des Krieges, die unterernährten Kinder, aufnimmt, erhalten die bayerischen Brauereien Gerste, ein hochwertiges Nahrungsmittel, um Exportbier nach der Schweiz zu schicken und damit der schwer mitgenommenen schweizerischen Brauerei-Industrie ihren Absatz zu schmälern."

Ein französisches Zeugnis.

Eduard VII. der wahre Kriegsanstifter.

Der französische Senator Saint Brice legt im Pariser „Journal" der Englandreise des Präsidenten Poincare und des Ministers des Aeußeren Pichon große Bedeutung bei; nach außen hin komme für ihn dies schon dadurch zum Ausdruck, daß sie am Tage des Waffenstillstandes, dem 11. November, erfolge. Im Anschluß daran macht der französische Politiker recht bemerkenswerte Ausführungen über die deutsch-feindliche Politik Eduards VII., die unbedingt zu einem kriegerischen Zusammenstoß zwischen England und Deutschland führen mußte.

Eduard VII. habe sich, so bezeugt Saint Brice mit verblüffender Offenheit, entschlossen gezeigt, der deutschen Expansion ein Hindernis entgegenzustellen; er habe für diesen Plan bei dem französischen Botschafter in London, Paul Cambon, Unterstützung gefunden. Deutschland habe darauf reagiert und der Kampf habe begonnen. Durch den frühzeitigen Tod des englischen Monarchen habe die Entente cordiale die energische Hand verloren; von dem großen Plan wäre vielleicht nur eine schwache Politik übrig geblieben, wenn die deutsche Beharrlichkeit sich nicht in den Abgrund gestürzt hätte. Gegenüber der Gefahr habe dann endlich England seine traditionelle Ausdauer und Frankreich seine ewige Tapferkeit wiedergefunden.

Saint Brice sagt, ohne die 100 000 Mann des Marschalls French wäre die Partie an der Marne verloren gewesen, und wenn am 29. März 1918 die französischer Bataillone nicht das Loch der englischen Front gestopft hätten, wäre alles verloren gewesen. Jetzt sei der Sieg gekommen und es erhebe sich die Frage, ob er den Opfern entspreche, die man gebracht habe. Ein Jahr nach dem Waffenstillstand dürften derartige Fragen eigentlich nicht gestellt werden, aber es sei notwendig, dies zu tun. England habe weit über seine Hoffnung hinaus realisiert, die maritime Bedrohung sei endgültig beseitigt, die von Tirpitz geschaffene stolze Armada liege bei Scapa Flow auf dem Meeresgrund, die deutsche Handelsflotte sei vernichtet und die Konfiszierung des Hafenmaterials werde ihre Wiederaufrichtung verzögern (!), könne man sich unter diesen Umständen wundern, daß die britische Insulartradition wieder erwacht sei?

Aber sei die kontinentale Bedrohung endgültig beseitigt, so daß England sich ruhig auf seine Insel zurückziehen könne? Die Franzosen seien nicht dieser Ansicht. Man bleibe mit einem deutschen Block, der kompakter denn je und für den Krieg geschult sei, in Berührung. Das besiegte Deutschland erwarte die Stunde der Revanche. Die Engländer schienen anzufangen zu bemerken, daß sie die Umklammerung zu früh gelockert hätten. Sie hätten sich den größten Siegesanteil angeeignet: Zentralafrika, Arabien, Mesopotamien, Rußland. Sie träumten auch davon, auf einmal Konstantinopel Mekka und Petersburg zu beherrschen. Die unvermeidliche Reaktion mache sich geltend. Die Engländer fühlten die Wucht derartig leichtfertig angeknüpfter Unternehmungen. Sie sähen Indien beunruhigt, Aegypten unter Erschütterungen, Persien widerspenstig und die muselmanische Welt mißtrauisch, und seien sie nicht so weit gekommen, daß sie daran verzweifelten, Rußland den Deutschen entreißen zu können? Sonnabend habe Lloyd George wahrhaft mit seiner Idee, wieder nach Prinkipo zu gehen, kapituliert, es sei hohe Zeit, daß die Mitstreiter den Engländern für die Kämpfe von morgen ihre Mithilfe anbieten. Die Reise von Poincare müsse das Wiedererwachen der Entente cordiale ankündigen.

Trotz der niederschmetternden Friedensbedingungen, deren Zweck Saint Brice mit zynischer Offenheit enthüllt hat, sehen die Franzosen einem Wiedererstarken des deutschen Volkes angstvoll entgegen. Das militärische Abkommen genügt ihnen nicht, die alten Ränke Eduards VII., des Schöpfers der verderblichen Einkreisungspolitik, sollen wieder aufleben. Indessen wird die Angst vor den „revanchelustigen" Deutschen nicht verschwinden. Unsere Feinde sind eben von der Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes überzeugter als wir Deutsche selbst. Muß diese beschämende Tatsache nicht ein Ansporn für uns sein, auch selbst wieder Vertrauen zu unserer Kraft und Tüchtigkeit zu gewinnen?

Deutsches Reich.

Nächste Sitzung des Untersuchungsausschusses Montag.

Vernehmung Hindenburgs.

Berlin, 15. Nov. Nach der heutigen öffentlichen Sitzung trat der zweite Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu einer vertraulichen Besprechung des stellvertretenden Vorsitzenden Gothein zusammen. Es wurde beschlossen, am Montag mit den Verhandlungen fortzufahren und neben den bisherigen Zeugen Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff zu laden. Die Verhandlungen werden mit der Vernehmung von Generalfeldmarschall v. Hindenburg beginnen, um ihm die Unbequemlichkeiten des Aufenthalts in Berlin möglichst abzukürzen.

Aufhebung des Kriegszustandes in Bayern.

München, 15. Nov. Durch eine Verordnung des bayerischen Gesamtministeriums wird, den „L. N. N." zufolge, der Kriegszustand für Bayern am 1. Dezember aufgehoben; es wird jedoch hinzugefügt, daß zu dem ursprünglichen Friedenszustand noch nicht zurückgekehrt werden könne. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung müßten für die Übergangszeit besondere Vorkehrungen getroffen werden.

Awaloff Bermondt unterstellt sich General von Eberhardt.

wtb. **Berlin**, 15. Nov. Der Begleiter der Verbandskommission für das Baltikum, Admiral Hopmann, hat Mitteilung erhalten, daß der Führer der russischen Westarmee sich mit seiner ganzen Armee gestern nacht dem Befehl des Generals von Eberhardt unterstellt hat. Dieser wird alles versuchen, die geordnete Rückführung der ehemals reichsdeutschen Truppen zu ermöglichen.

Das unterjochte Elsaß.

Karlsruhe, 15. Nov. Wie aus Straßburg gemeldet wird, wurde infolge der letzten Streiks durch Millerand den Zivilbehörden im Elsaß das Recht der Einführung des Arbeitszwanges übertragen. In Mülhausen wurde der Arbeitszwang bereits am 12. November erklärt. Die Nichtbefolgung der behördlichen Arbeitsbefehle wird in dem Millerandschen Erlaß mit Gefängnis bis zwei Jahren, im verschärften Falle mit Verschickung und bei Ausländern mit Abschiebung bedroht.

** **Eine Trauerfeier für Haase.** Im Plenarsaale des Reichstages veranstaltete am Donnerstag vormittag die U. S. P. D. eine Trauerfeier für Hugo Haase. Der Platz am Rednerpult war mit Efeugrün, die Tribünen mit schwarzem Tuch und roten Fahnen geschmückt; auch der Platz des Verstorbenen war mit Blumen bekränzt worden. Auf den Ministertischen lagen zahlreiche Kränze mit roten Schleifen, unter ihnen einer mit Schwarzrotgold, der vom Präsidium der Nationalversammlung gestiftet worden war. Nach einigen musikalischen Darbietungen feierten Dittmann und Zubeil in längeren Ansprachen Haase als Mensch und Politiker. Unter Vorantragung der Urne mit der Asche des Verstorbenen verließen die Teilnehmer danach den Saal, um sich dem nach Tausenden zählenden Zuge anzuschließen, der sich vor dem Reichstagsgebäude gebildet hatte. Der Abmarsch erfolgte gegen Mittag und vollzog sich ohne Störung, die vorangetragenen Kränze zählten nach Hunderten. In dem Zuge befanden sich mehrere Kapellen. Die Beisetzung erfolgte in den Nachmittagsstunden auf dem Friedhof in Friedrichsfelde.

× **Flug durch den Schneesturm Berlin—Königsberg.** Trotz des dichten Schneetreibens und der größten Unsichtigkeit hat das erste Albatros-Postflugzeug am 11. und 12. d. M., dicht über dem Boden fliegend, die 1200 Kilometer lange Strecke von Johannisthal nach Königsberg und zurück durchflogen. Das Flugzeug von Hauptmann a. D. v. Bolgt geführt, beförderte 200 Kilogramm Post und einen Fluggast; es erreichte eine Stundengeschwindigkeit von 170 Kilometer. — Der Bayerische Luft-Lloyd hat Luftverbindungen auf folgenden drei Strecken durchgeführt: 1) München—Nürnberg—Leipzig—Berlin, 2) München—Würzburg—Frankfurt (Main), 3) München—Wien. Auf den beiden erstgenannten Strecken wird Post- und Personenbeförderung, auf der Strecke München—Wien nur Personenbeförderung stattfinden. Die Fahrten werden mit Großflugzeugen für sechs bis acht Personen ausgeführt. Der Bayerische Luft-Lloyd hat mit dieser Einrichtung eine ständige Flugverbindung mit Personen- und Postbeförderung ins Leben gerufen.

** **Einer großen Kupferverschiebung** ist die Kriminalpolizei in Spandau auf die Spur gekommen. Von den Reichswerken sollten vier Waggon mit Kupfer nach Ilsenburg verschickt werden. Die Wagen befanden sich bereits auf dem Güterbahnhof Ruhleben, als ein Mann namens Rose sich vorstellte und auf Grund einwandfreier Ausweise veranlaßte, daß drei Wagen anderwärts hingeschickt wurden. Es traf also nur ein Wagen des Kupfers in Ilsenburg ein, wodurch aber auch der Betrug herauskam. Die anderen drei Wagen waren nach Lichtenberg verschoben worden. Der noch nicht ermittelte Rose hat das Kupfer für 200 000 Mark an zwei Berliner Händler verkauft und diese wieder an eine Lichtenberger Fabrik, wo es noch vorgefunden und beschlagnahmt worden ist.

** **Ein Oberst, der seinen Doktor macht.** Der letzte Friedenskommandeur des Garde-Pionier-Bataillons Oberst Nigmann, der bekannte alte Ostafrikaner, der eine lange Tropendienstzeit hinter sich hat, und der auch während des ganzen Weltkrieges meist als Regimentskommandeur stets in vorderster Linie stand, wobei er dreimal verwundet wurde, und auch noch nach Rückkehr aus dem Felde mehrere Freiwilligen-Verbände geführt hat, hat sich auf Grund weit zurückliegenden Studiums noch einmal vor die Bücher gesetzt und jetzt der Doktorprüfung unterzogen und im Oktober den Doktor der Rechte und der Staatswissenschaften bestanden.

** **Attentate auf oberschlesische Eisenbahnbrücken.** In den letzten Nächten haben Banden abermals versucht, Attentate auf oberschlesische Eisenbahnbrücken zu unternehmen. So fanden neue Kämpfe um die Oppelner Oderbrücken statt. Auch bei Kosel wurde der Versuch gemacht, die Brücke zu sprengen. In beiden Fällen wehrten die Militärposten die Angriffe mit Handgranaten und Maschinengewehrfeuer ab.

Ausland.

Das wankende Machwerk von Versailles.

Basel, 15. Nov. Das „Journal des Débats" schreibt, es sei heute mehr als je fraglich, ob der amerikanische Senat den Friedensvertrag ratifizieren werde. Frankreich und die anderen Verbündeten müßten nach der endgültigen Abstimmung einen letzten Aufruf an die amerikanischen „Freunde" richten, denn sie hätten an der Ratifikation ein starkes Interesse. Wenn Amerika den Friedensvertrag nicht ratifiziere, würde der Weltfriede in einer von den Deutschen vorausbestimmten Frist (?) wieder zusammenbrechen.

Verkehrseinschränkung in Frankreich.

Basel, 15. Nov. Die „Information" meldet aus Paris: Die Kohlennot hat in ganz Frankreich eine erhebliche Einschränkung des Zugverkehrs notwendig gemacht. Auf den französischen Nord- und Ostbahnen fällt etwa ein Drittel der bisher im Verkehr befindlichen Züge aus. Infolge der Stockungen im Transportwesen hat die französische Regierung angeordnet, daß bis auf weiteres keine Frachtgüter aus der Schweiz und aus Spanien mehr angenommen werden dürfen.

** **Rohstofflieferungen aus Amerika.** Der Newyorker Korrespondent der „Köln. Ztg." veröffentlicht einen längeren Bericht über die Jahresversammlung der Vereinigten amerikanischen Ausfuhrfabrikanten. Danach hatten die Ausführungen des internationalen Finanzsachverständigen Vanderlip auf die 2000 Fabrikanten und Exporteure aus allen Teilen Amerikas einen tiefen Eindruck gemacht und auch in der breitesten Oeffentlichkeit allgemeine Zustimmung gefunden. Während Vanderlip energisch forderte, daß Amerika unverzüglich Rohstoffe und Kredite für alle europäischen Länder geben solle, ging der Chef der Untersuchungsabteilung der Nahrungsmittelbetriebe, Dr. Taylor, ausschließlich auf die notwendige Belieferung des deutschen Reiches ein. Er forderte, daß Amerika und die Alliierten **Deutschland die Rohstoffe liefern, die es braucht, und zu Preisen, die es zahlen könne.** Die Aufbesserung der fremden Valuta durch Amerika sei dringend notwendig. Deutschland brauche für einhalbviertel Milliarden Dollar Rohstoffe, es könne diese Summe augenblicklich aber nicht bezahlen. Dr. Taylor erklärte, wenn die Alliierten darauf bestehen, daß Deutschland die höchstmöglichste Kriegsentschädigung bezahle, werden sie gleichzeitig Deutschland zu einer der stärksten, vielleicht sogar der stärksten Handelsmacht der Welt machen. Die Tatsache, daß Dr. Taylor seine Forderung, Deutschland mit Rohstoffen und Krediten zu versorgen, immer mit dem Hinweis auf die sonst drohenden Verluste begründete, verlieh seinen Worten besonderen Nachdruck.

** **Neue große Goldfelder in Sibirien.** In großen Scharen strömen gegenwärtig Goldsucher aus Alaska nach dem äußersten Nordostsibirien, wo gewaltige Goldfelder entdeckt worden sein sollen. Mehr als hundert Schoner warten in Nome auf die Ausreise. Die Goldfelder von Alaska waren früher in russischem Besitz und wurden dann an die Vereinigten Staaten abgetreten.

Kommunale Volkshochschule.

Nur geistige Kräfte werden den zerstörten Volkskörper wieder gesunden lassen. Aus dieser Erkenntnis heraus hat der Volkshochschulgedanke in unserem Volke tiefe Wurzeln gefaßt. Neben Städten und Gemeinden befassen sich zahlreiche öffentliche und private Vereinigungen mit der Errichtung von Volkshochschulen oder Volkshochschulkursen. Damit ist die Notwendigkeit und Lebensfähigkeit solcher Einrichtungen zweifellos dargetan. Andererseits besteht aber die Gefahr, daß die einzelnen Volkshochschulen gegeneinander arbeiten. Damit würde in die Volkshochschule, die als eine gemeinsame Arbeitsstätte das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Staatsbürger festigen sollte, konfessionelle, politische und Klassengegensätze hineintragen. Das muß unter allen Umständen durch möglichst neutralen Charakter der Organisation vermieden werden. Die Neutralität der Volkshochschulen wird andererseits auch die Gewähr dafür bieten, daß jede Richtung zu gebührender Geltung kommt.

Die Volkshochschulen dürfen aber auch nicht von oben organisiert werden. Sie müssen, wie es in einem Ministerialerlaß heißt, sich frei von unten herauf entwickeln. Es würde ihren Untergang bedeuten, wenn man sie zu behördlichen Einrichtungen machen wollte.

Unter diesem Gesichtspunkte ist die Kommune die berufene Trägerin der Volkshochschule, und zwar nicht als Behörde, sondern als Organisation der Selbstverwaltung. Das ermöglicht den einzelnen Volkshochschulen, sich den örtlichen Verhältnissen anzupassen. Als Lebens- und Heimatschule muß die Volkshochschule im Heimatboden verankert sein. Die Großstadt verlangt andere Einrichtungen als die Kleinstadt oder das platte Land. Wo aber die Städte mit ihrer Umgebung eine wirtschaftliche Einheit bilden, sind sie die gegebenen Mittelpunkte. Dann kann natürlich nicht jeder Ort eine Volkshochschule besitzen, wohl aber lassen sich von diesen Mittelpunkten aus auch an kleineren Orten Kurse oder Arbeitsgemeinschaften einrichten. Der Anschluß der kleineren Gemeinden an die Volkshochschulen der größeren zentral gelegenen Orte ergibt sich hieraus von selbst. Beispielsweise hat die Volkshochschule des Stadt- und Landkreises Bielefeld in den umliegenden Orten bereits erfolgreich mit der Arbeit eingesetzt.

Um weiter einen der Arbeit förderlichen wechselseitigen Gedankenaustausch herbeizuführen, sollten sich die kommunalen Volkshochschulen zu provinziellen Verbänden zusammenschließen. In der Provinz Westfalen besteht ein solcher Verband unter dem Vorsitz der Oberbürgermeister v. Wedelstaedt in Gelsenkirchen und Dieckmann in Münster.

Auch in anderen Provinzen sind ähnliche Bestrebungen vorhanden. Diese Verbände bilden ein starkes Gegengewicht gegen Zersplitterungen und unnötige Reglementierung. Sie werden ihren Mitgliedern, denen es an geeigneten Lehrkräften fehlt, solche aus nächster Nähe zuführen. Sie werden für Lehrhonorar und Hörgelder einheitliche Satzungen aufstellen. Hörern, die ihren Wohnort wechseln, wird Gelegenheit gegeben sein, ihre Bildungsarbeit ohne Mehraufwand an anderen Volkshochschulen fortzusetzen. Gemeinden, die eine Volkshochschule errichten wollen, werden die Verbände mit praktischen Ratschlägen zur Seite stehen; sie werden auf Wunsch die erforderlichen Drucksachen beschaffen, Einblick in den praktischen Betrieb der Volkshochschulen ermöglichen und Persönlichkeiten zur Verfügung stellen, die an Ort und Stelle bei der Einrichtung des Geschäftsbetriebs behilflich sind.

Die Beiträge der Verbandsmitglieder werden sich auf diese Weise reichlich bezahlt machen. Sie bestehen überdies lediglich in der Umlage der aus der Geschäftsführung erwachsenden Barauslagen und vermindern sich naturgemäß mit der Aufnahme jedes neuen Mitgliedes.

Daher geht an alle Kommunen Westfalens, die sich dem Verbande bisher noch nicht angeschlossen haben, die dringende Bitte, ihren Anschluß bei der Geschäftsstelle in Bielefeld, Viktoriastraße 3 a, anzumelden und zwar möglichst bald, damit ihre Vertreter zu der demnächst einzuberufenen Mitgliederversammlung rechtzeitig eingeladen werden können.

Kirche, Schule und Mission.

Befreiung vom Religionsunterricht.

Im Erlaß des preußischen Ministers Haenisch vom 15. Oktober über Befreiung vom Religionsunterricht findet sich der mißverständliche Satz: „Wer einmal befreit ist, bleibt selbstverstnädlich dauernd befreit." Dies war mehrfach in dem Sinne verstanden worden, als sei ein einmal, vielleicht übereilt ausgesprochener Befreiungsantrag nicht wieder zurückzuziehen. Wie das „Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung" dem Abgeordneten D. Mumm mitteilt, ist jener Satz anders zu verstehen. „Selbstverständlich kann jedes vom Religionsunterricht befreite Kind diesem Unterricht wieder zugeführt werden, wenn der Erziehungsberechtigte seine Entschließung wieder ändert oder ein Wechsel in der Person des Erziehungsberechtigten eintritt". Der mißverständliche Satz solle nur klar stellen, daß das Gesuch um Befreiung vom Religionsunterricht nicht jedes halbe Jahr neu wiederholt werden muß. Ein befreites Kind bleibt befreit, bis der Erziehungsberechtigte einen Antrag auf Teilnahme am Religionsunterricht stellt.

Bücherschau.

Christlicher Volkskalender für Minden-Ravensberg 1920. Mit vielen Bildern. 1,25 ℳ (und 10 Prozent Zuschlag). Gütersloh, C. Bertelsmann. — Der neue (61.) Jahrgang ist erschienen, schmuck und inhaltreich. Nehmt ihn auf den alten Freund und sucht auch andere für ihn zu gewinnen!

Schneeflocken. Schmucke, wohlfeile Hefte mit guten, volkstümlichen Erzählungen. Neu: Heft 116—120 von J. Jobst, Gottw. Weber, J. M., Johanna Boy und Helene Christaller. Jedes Heft nur 20 Pfg., 50 Stück 9 ℳ, 100 Stück 16 ℳ (und 10 Prozent Zuschlag). Auch in Bänden (je 10 Hefte) zu 2,50 ℳ (und 10 Prozent Zuschlag). Gütersloh, C. Bertelsmann. — Fünf neue Hefte wieder! All die vielen „Schneeflocken"-Freunde werden sie willkommen heißen. Und wer die Schneeflocken-Hefte noch nicht kennt, mache einen Versuch. Diese guten Volkserzählungen machen überall Freude, im eigenen Haus und außerhalb, im Kindergottesdienst, in Schulen, in Krankenhäusern und sonstigen Anstalten.

Handbuch des guten Tones und der feinen Sitte von Konstanze von Franken. 33. verbesserte Auflage. 304 Seiten. Preis vornehm gebunden ℳ 6,60. Max Hesses Verlag, Berlin W. 15. — Höflichkeit muß das Herz diktieren. Wo das zutrifft, wird der Weg leicht. Für jeden aber treten Lagen ein, wo gute Anleitung über Schwierigkeiten hinweghilft. Hier ist ein Buch, welches schon vielen ein Wegweiser gewesen ist. Für alle Verhältnisse des gesellschaftlichen Lebens gibt es in einfacher, verständlicher Weise guten Rat.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld, den 18. November 1919.

— **Der Volksverein Bielefeld der Deutsch-nationalen Volkspartei** hat in seiner Mitgliederversammlung am 12. November 1919 folgende Entschließung gefaßt: „Der Volksverein Bielefeld der Deutsch-nationalen Volkspartei, der 1500 Mitglieder umfaßt, protestiert gegen die künstliche Verlängerung des Lebens der Nationalversammlung. Er sieht in dieser Verlängerung einen Verfassungsbruch, der von den Mehrheitsparteien begangen wird aus Furcht vor dem Urteil des Volkes über das gänzliche Versagen der Regierungspolitik.

Der Volksverein Bielefeld fordert mit aller Entschiedenheit, daß die Gesetze für die Wahlen des Reichstages und des Reichspräsidenten umgehend verabschiedet und daß die Neuwahlen ohne Verzug vorgenommen werden."

— **Städtischer Lebensmittelverkauf** in der Woche vom 17. 11. bis 23. 11. 1919. Auf Marke 17: 100 Gramm Margarine zu 98 Pfg. Verkauf Mittwoch, Donnerstag, Freitag in den städtischen Butterläden. Auf Marke 9: 125 Gramm Nudeln, 66 Pfg. 1 Pfund. Auf Marke 10: 125 Gramm Ackerbohnen, 1 ℳ 1 Pfund. Auf Marke 11: 1 Brief Süßstoff zu 50 Pfg. Verkauf am 18. 11. in den Bielefelder Apotheken. Fleisch und Wurst wird noch besonders bekanntgegeben. — Auf Einfuhrzusatzkarte Nr. 5: 100 Gramm Kokosfett. Preis wird noch bekanntgegeben. Verkauf Dienstag mittag 2 Uhr. Auf Magermilchkarte Nr. 5: Bis ¼ Liter Magermilch 50 Pfg. für 1 Liter, in den bekanntgegebenen Zeiten in den städtischen Butterläden.

Verschiedenes.

** **Saarkohle gegen Kartoffeln.** Die französische Militärverwaltung des Saarstaates hat die Einwilligung gegeben, daß zur Steuerung der Kartoffelnot künftig Saarkohlen gegen Kartoffeln aus dem unbesetzten Deutschland ausgetauscht werden. Es fahren jetzt täglich Kohlenzüge mit 80 bis 100 Tonnen nach dem unbesetzten Deutschland, um dafür Kartoffeln mitzubringen; auch sind Züge mit Ammoniak unterwegs, um dafür oberrheinische Kartoffeln einzutauschen. Außerdem hat Polen mit der Lieferung von 175 000 Zentner Kartoffeln für das Saargebiet begonnen. Bekanntlich hatten die Saarbergarbeiter dem französischen Befehlshaber im Saargebiet General Andlauer mit dem Generalstreik gedroht, falls er den Eintausch von Saarkohlen gegen Kartoffeln und Fleisch nicht gestatte.

△ **Paßerleichterung.** Die Ausstellung eines Sichtvermerkes zu einer Reise ins Ausland war für Deutsche im wehrpflichtigen Alter seit Juli 1916 an eine Erklärung des zuständigen Bezirkskommandos geknüpft, daß der Ausstellung eines Sichtvermerks keine Bedenken entgegenstehen. Mit der Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht ist diese Bestimmung gegenstandslos geworden. Der Reichsminister des Innern hat sie jetzt aufgehoben.

× **Die „Bodensee" als Telegrammschiff.** Das Zeppelinluftschiff „Bodensee" hat am Dienstag eine in technischer Hinsicht außerordentlich bemerkenswerte Fahrt von Friedrichshafen nach Berlin gemacht. Das Luftschiff stieg in Friedrichshafen bei klarem Wetter mit 24 Fahrgästen und 800 Kilogramm Post an Bord auf, geriet aber schon nach 100 Kilometer Fahrt in Schneestürme und Böen sowie in tiefhängende Wolken, so daß die Orientierung mit den allergrößten Schwierigkeiten verbunden war und nur nach dem Kompaß gefahren werden konnte. Trotzdem erreichte der Kreuzer bereits nach fünfstündiger Fahrt den Landungsplatz Staaken bei Spandau. — Diese kurze und rasche Verkehrsmöglichkeit soll nun auch zur Beförderung von Telegrammen ausgenutzt werden, zumal die nach Süddeutschland führenden Telephon- und Telegraphenleitungen infolge der Schneestürme zum Teil beschädigt, zum Teil so überlastet sind, daß Drahtmeldungen nur mit großen Verspätungen nach München, Friedrichshafen oder nach der Schweiz befördert werden können. Die Telegramme brauchen so nach Süddeutschland etwa 6 Stunden, während sie unter Umständen auf dem „Drahtwege" 25 und mehr Stunden benötigen würden.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld, Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle: Missionar Heienbrok, Bethel bei Bielefeld, Postscheckkonto 7382 Hannover

Wer ein wirklich sinniges, preiswertes, schön ausgestattetes Frauengeschenk sucht, der mache sich und uns die Freude und bestelle umgehend den kürzlich in 3. bis 7. Auflage in unserm Verlage erschienenen Gedichtband:

Wegblumen.

Gedichte von Luise Rolf

mit 18 feinen Zeichnungen von Meta Voigt-Clandins.

In farbigem Geschenkband Mk. 4.—.

10% Teurungszuschlag, Porto u. Verpackung außerdem.

Einige Urteile der christlichen Presse über: Rolf, Wegblumen.

Hier ist wieder einmal etwas Feines. Luise Rolf hat selbst aus allerlei bitterem Weh heraus Glücksfensterlein in den Himmel gefunden und dort Erklärungen für die Fragen der Sorge und des Zweifels erhalten, so daß ihr Herz über allem wieder ganz still und froh wurde. Man ist tief erbaut, wenn man diese formvollendeten Gedichte liest. Die feine Ausstattung gehört zu diesen Perlen christlicher Lyrik. (Der Wahrheitszeuge.)

Flüssig in der Form, voll warmen Glaubens. Darum und auch wegen des schönen Buchschmuckes ein hübsches Hausbuch. (P. Modersohn in „Heilig dem Herrn.")

Gedichte, inhaltlich wie formell denen von M. Feesche ähnlich, womit ihr Wert genügend bezeichnet ist. (Hannov. Pastoralkorrespondenz.)

Voll hohen Glaubensmut und inniger Tiefe, dabei einem Klangreichtum der Sprache. (Bad. Pfarrvereinsblätter.)

Ein wunderhübsch ausgestatteter Band warmempfundener Gedichte. (Hannov. Sonntagsblatt.)

Die Seele der Dichterin hat wirklich getrunken „aus ewiger Flut", singt „Lieder der Wahrheit in heiliger Glut", reicht ihre „Ähren im göttlichen Feld" und hat darum der Welt etwas zu bieten. Gern weise ich empfehlend darauf hin. (Pfarrer Döring in der Kirchl. Rundschau.)

Ich habe selten eine Gedichtsammlung in den Händen gehabt, die mich so voll befriedigt hätte, wie die vorliegende. Gewandt in Form und Ausdruck, tief im Inhalt führen die Gedichte zum Licht empor. **Ausstattung und Buchschmuck stehen auf bemerkenswerter Höhe.** (Bote für Pommern.)

Verlagshandlung der Anstalt Bethel

Bethel bei Bielefeld.

Die Evangelisch-soziale Schule

in Bethel b. Bielefeld

bildet Sekretäre für die christlichen Gewerkschaften aus. Sie übermittelt auch Anträge auf Anstellung in der Gewerkschaftsarbeit. Der Bedarf an Sekretären wächst täglich, Anmeldungen geeigneter Persönlichkeiten sind deshalb willkommen. Geeignet sind nur solche, welche wirklich Arbeiter gewesen sind und dann sich ausgebildet haben, sei es als Diakon, Gemeindehelfer, Jugendpfleger, Missionszögling oder was es sei.

Der Leiter der Evangelisch-sozialen Schule
D. Jaeger.

Der Deutsche Guttempler-Orden (I O G T)

verbindet **alle Stände auf dem Boden christlicher Bruderliebe,** um unser Volk **aufwärts zu führen.** Er **bekämpft den schädlichen Einfluß geistiger Getränke und beteiligt sich an allen Bestrebungen zur Hebung unseres Volkes.** Jede gewünschte Auskunft erteilt:

Missionar J. Ostermeyer, Bethel bei Bielefeld.

Zahnpraxis W. Heidbrede

Bielefeld, Grabenstraße 22.

Sprechstunden: Vorm. 9—1, nachm. 2—7 Uhr.

Werbet für die Zeitung!

Uhren u. Goldwaren

Trauringe in reizender Verpackung

empfiehlt in größter Auswahl bei streng reeller fachmännischer Bedienung zu äußerst billigen Preisen mit langjähriger Garantie

Wilh. Kremeyer, Herford, Radewigerstraße 18, n. d. Ev. Vereinshaus

Uhrmacher und Goldschmied.

Reparaturen in eig. Werkstatt. Solide Ausführung. Mäßige Preise

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld

bezweckt die Förderung der Volksbildung und Volkswohlfahrt auf christlich-nationalem Grunde. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete allerorts gemachten Erfahrungen sein, um diese den weiteren arbeitswilligen Kreisen zugänglich machen zu können.

Nähere Auskunft erteilt **Emil Hartwig,** Dozent an der Evangelisch-sozialen Schule in Bethel bei Bielefeld.

Gläub. ältere Dame,

sehr erfahren in Haushalt und Leitung von Heimen, vorbereitet im Landli-Schweiz, Remismühle, Chrischona und Bielefeld, Malche sucht baldigst Wirkungskreis.

Ang-bote an **Frau Bimberg,** Groß-Tabarz i. Thür.

Zerrissene Strümpfe,

Wolle, Baumwolle, Seiden, Flachs werden schnellstens repariert bei

M. Jungblut

Altstädter-Kirchstr. 20.

Billige Uhren



echt Silber 36,-
Nickel . . . 25,-
Weckuhren 10,-
Alles Friedensware.

Uhren-Klinik
Bernh. Diersen
Rennestr. 7.

Fr. Werpel, Herford



Musik-Instrumente aller Art